

Liebe Peru-Interessierte,

hiermit schicken wir Ihnen unseren 28. Infostellen-Bericht zur aktuellen Situation in Peru.

Für mehr Informationen zum Thema wenden Sie sich bitte an Elena Muguruza, Muguruza.Esche@t-online.de; Fax: 07150 - 3 5748; Tel: 07150 - 3 5753.

Mit freundlichen Grüßen,

Elena und Michael

28. Infostellen-Bericht zur aktuellen Situation in Peru NEUE GESETZESGRUNDLAGE FÜR DIE NEOLIBERALE POLITIK VON ALAN GARCIA

Um seine neoliberale Politik umsetzen zu können, hat die Regierung von Präsident Alan Garcia viele Legislativdekrete in Kraft gesetzt. Legislativdekrete sind Gesetze, die von der Exekutive erlassen werden. Dafür muss das Parlament seine Legislativfunktion zu einem bestimmten Thema und Zeitraum an die Regierung delegieren. Zu den im Jahr 2007 erlassenen Legislativdekreten kommen im Jahr 2008 102 neue hinzu. Das Parlament hat dem im Jahr 2008 zugestimmt, damit die Regierung den peruanischen gesetzlichen Rahmen für das Freihandelsabkommen mit den USA anpassen kann.

Viele dieser neuen Gesetze bringen eine grundlegende Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einhaltung der Menschenrechte in Peru mit sich, die in vielen Fällen einen Verstoß gegen den Rechtsstaat darstellen. Dazu gehört zum Beispiel das Legislativdekret 982 von 2007 zur Kriminalisierung der Proteste, über das im 27. Infostellen-Bericht zur aktuellen Situation in Peru informiert wurde.

Zunächst möchten wir in diesem Bericht über die Legislativdekrete 1015 und 1073 zur neuen Anforderung zum Verkauf oder zur Veränderung anderer Verfügbarkeitsrechte der Grundstücke der indigenen Bauerndorfgemeinschaften der Anden und der indigenen Dorfgemeinschaften des Regenwalds in Peru informieren.

Vor diesen Gesetzen galt ein anderes, das für Verkauf oder Veränderung anderer Verfügbarkeitsrechte der Grundstücke der indigenen Dorfgemeinschaften die Zustimmung von mehr als 66 Prozent der Mitglieder der Dorfgemeinschaften in einer Dorf-Vollversammlung erforderlich machte. Es war erforderlich, dass diese Dorf-Vollversammlung eine bestimmte Quote der Mitglieder erfüllt. Das Gesetz setzte das voraus, um zum Ausdruck zu bringen, dass die Eigentumsrechte der indigenen Bevölkerung wegen ihrer besonderen Bedeutung einen besonderen Schutz genießen müssen.

Mit dem im Mai 2008 erlassenen Legislativdekret 1015 reichte die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Stimmen der Teilnehmenden an der Dorf-Vollversammlung, um die Grundstücke der indigenen Bauerndorfgemeinschaften zu verkaufen oder anderer Verfügbarkeitsrechte zu verändern. Jede Dorf-Vollversammlung konnte eine solche Entscheidung treffen, da keine Quote der Mitglieder erfüllt werden muss.

Gleich nach der Verkündung des Legislativdekrets 1015 haben viele Organisationen der indigenen Bauerndorfgemeinschaften (CNA, CCP, AIDSESEP, etc.) protestiert. Sie haben jetzt mit einer Kampagne begonnen, um Unterschriften zu sammeln und damit vor das Verfassungsgericht zu gehen, damit dieses das Dekret 1015 für verfassungswidrig erklärt. Nach Angaben der Organisatoren der Aktion werden sich mehr als 5.000 der 5.680 indigenen Bauerndorfgemeinschaften der Anden und 1.300 indigene Dorfgemeinschaften des Regenwalds an der Kampagne beteiligen.

Das Ombudsmannbüro hat vor dem Verfassungsgericht bereits Widerspruch gegen das Legislativdekret 1015 eingelegt, weil dieses Gesetz gegen grundlegende Rechte der indigenen Bauerndorfgemeinschaften und gegen den Rechtsstaat verstößt.

Die großen Proteste zwangen den Präsidenten Alan Garcia, das in Mai 2008 erlassene Legislativdekret 1015 durch ein neues Legislativdekret außer Kraft zu setzen. Es handelt sich um das Legislativdekret 1073 von Juni 2008. Jetzt braucht man die Zustimmung von mehr als 50 Prozent der Mitglieder der Dorfgemeinschaften für den Verkauf oder Veränderung anderer Verfügbarkeitsrechte der Grundstücke der indigenen Dorfgemeinschaften. Nicht jede Dorf-Vollversammlung kann darüber entscheiden, was der Versuch des Legislativdekrets 1015 war.

Mit der neuen Gesetzgebung sollten Hindernisse abgebaut werden, damit große Konzerne, die Interessen an Rohstoffen haben, in die Grundstücke der indigenen Bevölkerung investieren können - sei es, indem sie die Grundstücke kaufen oder sie nutzen. Doch ohne die Zustimmung der Dorfgemeinschaften ist das nicht möglich. Deswegen die neuen Legislativdekrete.

Das geltende Legislativdekret 1073 steht trotz kleiner Verbesserungen im Widerspruch zur peruanischen Verfassung. Durch mehrere ihrer Paragraphen werden die Autonomie der Organisationen der indigenen Bevölkerung und ihr Recht auf Eigentum besonders geschützt. Außerdem stellt das Legislativdekret 1073 einen Verstoß gegen die ILO-Konvention 169 dar, die die Rechte der indigenen Völker regelt. Sie verlangt, dass Parlamente und Regierungen bei allen Gesetzen, die die Ausübung der Rechte der indigenen Bevölkerung beeinträchtigen, die indigene Bevölkerung bzw. ihre Organisationen zuerst konsultieren müssen. Das hat Präsident Garcia nicht gemacht. Die ILO-Konvention gehört zu den Menschenrechtskonventionen. Sie wurde 1994 vom peruanischen Staat ratifiziert und hat einen verfassungsrechtlichen Charakter.

Die juristischen Aktionen gegen das Legislativdekret 1073 gehen weiter und werden von vielen öffentlichen Protesten begleitet. So wird für den 8. und 9. Juli ein nationaler Streik der Bauern vorbereitet. Der 9. Juli ist als nationaler Generalstreik angekündigt.

Präsident Garcia begründet die Notwendigkeit der Legislativdekrete 1015 und 1073 als einen Versuch des Ausgleichs zwischen den indigenen Bauerndorfgemeinschaften der Anden und den indigenen Dorfgemeinschaften des Regenwalds mit den Bauerndorfgemeinschaften der Küste. Für die Bauerndorfgemeinschaften der Küste ist es möglich, ihre Grundstücke ohne große Einschränkung an Dritte zu verkaufen. Bei Alan Garcia geht es nicht um die von ihm gemeinte Diskriminierung, sondern er möchte, dass der freie Markt ohne einen Schutz der Menschenrechte oder der Umwelt wirken kann.

Sowohl für die andinen Bauerndorfgemeinschaften sowie die für die Dorfgemeinschaften de Regenwald sind ihre Grundstücke die Grundlage ihres Lebens und ihrer Kultur. Für sie sind weder Erde noch Wasser oder Natur Waren, die verkäuflich sind. Die Erde, das Wasser und die Natur gibt es, um das Leben zu ermöglichen. Deswegen sollen sie einen besonderen Schutz genießen.

Besondere Gesetze sind auch die Legislativdekrete 994 und 1064. Sie erlauben den Verkauf von Ödländern des Staates im Regenwald an Dritte. Die Bestimmungen, um Grundstücke als Ödländer zu erklären, sind sehr flexibel. Der Schutz des Regenwalds bzw. der Umwelt ist kein Prinzip für die Regierung von Präsident Garcia. Es geht nur um die Förderung von Privatinvestitionen. Außerdem möchte die Regierung von Garcia mit diesen Legislativdekreten erreichen, dass dem Staat die Eigentumsrechte über diejenigen Grundstücke der indigenen Dorfgemeinschaften zuerkannt werden, deren Eigentumsverhältnisse nicht geklärt und dokumentiert sind. Dies stellt einen Verstoß gegen die Rechte der indigenen Dorfgemeinschaften dar, von denen viele seit Jahrhunderten in einer bestimmten Region leben, aber nicht die Möglichkeit hatten, das zu legalisieren.

Alle diese Gesetze sind nicht nur ein Verstoß gegen die Menschenrechte und den Rechtsstaat, sondern reine Machtausübung von Seiten der Regierung, was in der gegenwärtigen ohnehin gespannten Situation zu weiteren Konflikten führt. Das Ombudsmannbüro berichtet von 116 sozialen Konflikten im ganzen Land, von denen 56 mit dem Thema Ausbeutung von Rohstoffen zu tun haben. So gab es in der Region Moquegua im Juni 2008 große Proteste, die mehrere Tage andauerten, in denen die Bevölkerung eine gerechtere Verteilung der Abgaben aus dem Bergbau auf die Regionen forderte. Wenn die Regierung diesen Weg wählt und nicht den Dialog fördert, muss befürchtet werden, dass die sozialen Konflikte in Peru weiter eskalieren.

QUELLEN:

Meldungen von der Homepage der AG Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick - Cajamarca (http://www.staepa-cajamarca.de/ticker_uebersicht.php?id=7)

Elena Muguruza
Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V.
Tel: 07150 - 3 5753
Fax: 07150 - 3 5748
Muguruza.Esche@t-online.de

Michael Schrick
Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick-Cajamarca
(<http://staepa-cajamarca.de>)
Tel: 01888 - 185 7895
mlesna@web.de